Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt und unterzeichnet die folgende Resolution:

Resolution des Stadtrats der Stadt Halle (Saale) "Wir sind weltoffen, vielfältig und international!"

Nach dem Angriff eines schwerbewaffneten Rechtsextremen Antisemiten auf die Synagoge in Halle (Saale), in der über 50 Gläubige den wichtigsten jüdischen Feiertag Jom Kippur begingen, und dem anschließenden Mord an zwei Personen, hat der 27-jährige Attentäter Rechtsextremist bestätigt, dass er aus antisemitischen und rechtsextremistischen Motiven gehandelt hat.

Die Zunahme antisemitisch, islamistisch, extremistisch, ethnisch, kulturtraditionell und rassistisch motivierter Äußerungen und Straftaten im Land und in sozialen Netzwerken gefährdet unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Antisemitismus richtet sich in Worten und Taten gegen Menschen jüdischen Glaubens, jüdische Einrichtungen und gegen den Staat Israel. Für antisemitische Haltungen, die sich in Hetze, Gewalt und Boykottaufrufen zeigen, gibt es keine legitime Rechtfertigung. Insbesondere fremdstämmigem Antisemitismus aus dem arabischen und afrikanischen Raum, von Geflüchteten, Zuwanderern und deren Nachfahren gilt es transparent und entschlossen entgegen zu treten.

Halle (Saale) ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante und internationale Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft gut zusammen leben. Die Klammer, die alles zusammenhält, ist die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit unseres Rechtstaates sowie die Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems. In Halle (Saale) ist kein weder Platz für Rassismus, noch für von Migranten ausgehende oder gegen sie gerichtete Gewalt.

Vor diesem Hintergrund spricht der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) den von Antisemitismus und Rassismus, migrationsverursachter-, islamistischer-, extremistischer und ethnisch-kultureller Gewalt betroffenen Bürgerinnen und Bürgern seine uneingeschränkte Solidarität aus und verurteilt ausdrücklich jegliche Art von antisemitisch und rassistisch motivierten Diskriminierungen und Gewalt aus den vorgenannten Motiven.

Diese Resolution ist ebenso eine Selbstverpflichtung der hier vertretenen demokratischen Parteien, die politische Auseinandersetzung mit Respekt und frei von Gewalt und Hetze zu führen. Jeder Mensch in Halle (Saale) ist aufgerufen, **sich im Sinne dieser Resolution einzusetzen** sich gegen antisemitische und rassistische Propaganda und Übergriffe zu stellen.

Die im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) vertretenen demokratischen Fraktionen werden sich stets dafür einsetzen, dass Gewalt, Rassismus und antisemitischer Hetze kein Raum gegeben wird.

Zusammen stehen wir gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und alle Formen migrationsverursachter-, islamistischer-, extremistischer und ethnisch-kultureller Gewalt ein. Für eine offene und tolerante Gesellschaft in welcher der verantwortungsvolle Umgang mit begrenzten steuerfinanzierten Sozialleistungen eine Internationalisierung unseres Sozialstaates ausschließt, unsere rechtsstaatlichen Regeln und Gesetze von alle hier Lebenden geachtet sowie Meinungsvielfalt und Sachkritik als Teil unserer demokratischen Entscheidungsprozesse respektiert werden. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer sowie den Verletzten.